

Freitag, 15. Februar 2013 15:16 Uhr

URL: <http://www.gelnhaeuser-tageblatt.de/lokales/main-kinzig-kreis/brachttal/12836314.htm>

Gelnhäuser Tageblatt

BRACHTTAL

Brachttal schlüpft unter Schutzschirm

15.02.2013 - BRACHTTAL

Gestern Abend: Parlament stimmt für Vertrag mit dem Land

(an). In einer Sondersitzung hat sich die Brachttaler Gemeindevertretung gestern Abend mit deutlicher Mehrheit für die Aufnahme der Gemeinde in den Kommunalen Schutzschirm Hessen ausgesprochen. Den Vertrag wird Bürgermeister Christoph Stürz schon heute in Wiesbaden unterschreiben.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Wilhelm Schmits (FWB), sprach von einem „historischen Tag“. „Das wird ein schwieriger, und steiniger Tag für Brachttal“, sagte Schmits. Die Maßnahmen würden alle Bürger treffen. In dem Vertrag mit dem Land Hessen bleibe es beim Jahr 2018 als Konsolidierungsziel, in den Antrag würden aber noch Änderungen eingearbeitet, nämlich bereits eingeleitete Mehreinnahmen und Sparmaßnahmen. Dazu zählen die Erhöhung der Abwassergebühr (rund 83 000 Euro Mehreinnahme) und Zinseinsparungen bei den Kassenkrediten (78 000 Euro). Das Land, erläuterte Schmits, werde Brachttal eine Entschuldungshilfe von 2,985 Millionen Euro geben, die seien mit 2,03 Prozent Zinsen zurückzuzahlen, wobei das Land zwei Prozent Zinshilfe gewähre und die Tilgung übernehme.

Bürgermeister Stürz berichtete von den Verhandlungen mit dem Land, das das Jahr 2016 als Konsolidierungsziel empfohlen habe. Aber die Belastung der Bürger habe schon mit den von der Gemeinde vorgeschlagenen Maßnahmen die Schmerzgrenze erreicht oder überschritten. Die Gemeinde Brachttal habe ein strukturelles Problem, und wenn sie dem Vertrag nicht beitrete, werde sie kein Geld mehr aus dem Landesausgleichsstock erhalten.

Brachttal werde politisch impotent, sagte Christiane Gunia von den Grünen, und der Schutzschirm sei „ein Korsett, das uns erstickt“. Dieser Vertrag sei nur eine lebensverlängernde Maßnahme, die den Patienten nicht heile. Zwei „Krankheitsherde“ machte sie aus: eigene Fehler der Vergangenheit und dass der Gemeinde durch das Land Geld vorenthalten werde. Dass bis zum Jahr 2018 die Grundsteuer B auf 420 Prozent steigen soll, habe den „Charme einer Zwangshypothek“. Die Selbstverwaltung müsse erhalten bleiben, aber es sei von noch größerem Nachteil, dem Vertrag nicht zuzustimmen.

Dieter Weber (SPD) sagte: „Es wird niemand geschützt oder gerettet, sondern geknebelt.“ Die Gemeinde habe ein Strukturproblem. Ihr werde Geld aus dem Länderfinanzausgleich vorenthalten, Berlin führe die U3-Betreuung ein und lasse dann die Kommunen im Stich. Die Finanzsituation sei nicht unbedingt selbst verschuldet.

Christian Klas (FWB) kündigte an, dass er dem Vertrag nicht zustimmen könne. Bund, Land und Kreis seien pleite - und die Gemeinde müsse sich das Geld jetzt von den Bürgern holen. Falls die Gemeinde die Bedingungen des Vertrages nicht einhalte, drohe die Rückabwicklung, dann müsse sie das Geld mit drei Prozent Zinsen zurückzahlen. Katrin Klas-Frenzel (FWB) bekannte, dass sie in einem Gewissenskonflikt sei. Sie fand es enttäuschend, dass so wenige Bürger als Zuschauer anwesend waren. Es betreffe die Bürger, die seien aber nicht da.

Wolfram Zimmer (CDU) sagte, dass seine Fraktion zehn Jahre davor gewarnt habe, was jetzt eingetreten sei. Er erinnerte an die Schuldenbremse in der hessischen Verfassung. Die Gemeinde müsse konsolidieren, so oder so. Und der Schutzschirm sei ein Baustein dafür, dass sie wieder handlungsfähig werden könne.

In der namentlichen Abstimmung stimmten SPD und CDU geschlossen dafür, es gab drei „Nein“ der FWB und eine Enthaltung der Grünen.

© Gelnhäuser Tageblatt 2013

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Gelnhäuser Tageblatt